

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3609

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3609



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Fragwürdige Kulturbereicherung

Gewalt an Frauen ist importiert

Von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG

Seit Jahren warnt die SVP als einzige Partei davor, dass wir mit den Einwanderern aus fremden Kulturkreisen auch gleichzeitig Gewalt an Frauen importieren. Bei vielen Delikten sind ausländische Täter aus frauenverachtenden Kulturen überproportional vertreten – viele von ihnen waren bereits wegen Gewalt und Drohung polizeilich registriert.

Eigentlich ist es ja verständlich – denn das Welt- und Frauenbild vieler dieser «Kulturbereicherer» ist eben doch noch sehr patriarchalisch, leider aber oft auch sehr rückständig ausgeprägt. Der Respekt vor Frauen, geschweige die bei uns üblichen Höflichkeits- und Anstandsformen gerade gegenüber Frauen sind dort unbekannt. Oft werden Frauen als minderwertig, als gerechte Beute, gar als sexuelles Freiwild betrachtet und auch so behandelt.

Bewirtschaftung statt Lösung

Nur seltsam, dass die Linken, die Grünen, die Netten und vor allem natürlich all die möglichen und unmöglichen Gruppen von Feminist*innen (Entschuldigung, ich konnte mir hier das Gendersternchen nicht verkneifen) nicht bereit sind, dieses Thema an der Wurzel zu packen und die SVP in ihrem Kampf gegen kulturfremde Migration zu unterstützen. Viel lieber fordert man den Zuzug von noch mehr Einwanderern aus Ländern, deren Kultur uns fremd ist und die oft einer Religion angehören, welche einem sehr rückständigen Frauenbild frönt.

Unlängst forderten ausgerechnet mehrere Exponenten der SP die pauschale Aufnahme von zehntausend Afghanen. Und natürlich fordert man mehr Frauenhäuser, mehr Beratungsstellen, mehr Prävention, mehr Kulturprogramme und vieles andere mehr. Dies verlangt nach mehr Bundesmitteln, mehr Jobs für die Sozialindustrie und zu mehr Fernsehauftritten im «Club» und ähnlichen Sendungen, in denen sich all die linken Helfershelfer der importierten Gewalt betroffen zeigen und ausweinen können.

«Femizide»

Neuerdings wird ein zum Tode führender Gewaltakt gegen eine Frau als «Femizid» bezeichnet. Gemäss Wikipedia wird ein solcher «Femizid» dann noch unterteilt in einen «Femizid», der durch die Tötung durch einen Intimpartner (sogenannter «Intim-Femizid») verursacht wurde, einen «Femizid» im Namen der Ehre, einen Mitgift-bezogenen «Femizid» und einen nicht-intimen «Femizid» ...

Warum man Morde an Frauen mit einem speziellen Begriff versehen muss, erschliesst sich mir nicht. Jeder Mord an einem Menschen ist eine abscheuliche Tat – egal aus welchem Grund dieser geschieht: Er ist schärfstens zu verurteilen. Der Begriff «Femizid» wurde natürlich von Frauen und Linken erfunden, um dem Thema besondere Aufmerksamkeit zu verleihen – seltsam ist übrigens, dass es keine «Homozide» gibt. Wo bleibt denn da nur die genau von diesen Kreisen so beschworene Gleichberechtigung?

Die Statistik

Seit dem 1. Januar 2021 wurden in unserem Land bislang 21 Frauen ermordet. Im Jahr 2020 wurden total 47 vollendete Tötungsdelikte an beiden Geschlechtern registriert. 28 davon wurden im häuslichen Bereich verübt; betroffen waren elf Frauen. Die Zahl der Tötungsdelikte ist mit geringen Abweichungen seit Jahren einigermaßen stabil. Einmal mehr zugenommen haben aber die Delikte im Bereich der häuslichen Gewalt – und dort die versuchten Tötungsdelikte um 22 Prozent und die sexuelle Nötigung um zwölf Prozent! Die Schändungen nahmen gar um 42 Prozent zu. Insgesamt wird in unserem Land alle elf Minuten ein Gewaltdelikt verübt!

Da im Jahr 2020 genau fünfzig Prozent aller Delikte im Bereich des Strafbuches von Schweizern und Eingebürgerten verübt wurden, kann immerhin festgehalten werden, dass fünfzig Prozent von Ausländern begangen werden. Frau Sommaruga weigerte sich trotz mehrfacher Nachfragen unlängst im Parlament, den Anteil der Ausländer im Bereich häuslicher Gewalt zu nennen.

Endlich Transparenz schaffen und durchgreifen

Es ist höchste Zeit, dass die Straftaten genauer erfasst werden. So wäre es doch sehr wichtig zu wissen, wie viele Delikte von Ausländern und von frisch eingebürgerten «Schweizern» verübt worden sind – dies gäbe wohl ein völlig neues Bild der gelungenen Integration durch Einbürgerung. Ohnehin sollten Einbürgerungen nur noch «auf Probe» möglich sein: Wer eine Straftat innerhalb der ersten zehn Jahre nach der Einbürgerung und/oder bei jugendlichen Eingebürgerten begeht, muss seine Einbürgerung zurückgeben.

bürgerten bis fünf Jahre nach Erreichung der Volljährigkeit begehrt, dem muss der Schweizer Pass wieder entzogen werden.

Die SVP formulierte unlängst diese und weitere klare Forderungen: So soll zwingend nicht-integrierten Ausländern, die aufgrund von häuslicher Gewalt und Drohung polizeibekannt sind, das Aufenthaltsrecht entzogen und die Sozialhilfe gestrichen werden. Für sexuelle Übergriffe und Gewalt gegenüber Frauen muss Nulltoleranz gelten! Die 2010 vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative muss endlich ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Wo eine Ausschaffung nicht möglich ist, müssen Gewalttäter in Ausschaffungshaft genommen werden.

Statt Frauenhäuser sind endlich Ausschaffungshaftplätze zu schaffen. Nur so kann dem Problem ernsthaft begegnet werden – alles andere ist Symbolpolitik und dient nur dem Ausbau der ohnehin grassierenden Sozialindustrie.

Andreas Glarner